

Milde zur Regelung wirtschaftlicher Fragen, so für den Reichswirtschaftsrat und für den als erste staatlich konzeptionierte Arbeitsgemeinschaft in aller Stille durch Verordnung gebildeten Eisenwirtschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaften als Ausgangspunkt und Grundlage dienen. Mit peinlicher Vorsicht wird eine direkte Delegation der Gewerkschaften oder der Arbeitergremien für die Arbeitervertretung in diesen Körperschaften vermieden, delegierende Körperschaft ist immer die Arbeitsgemeinschaft, ein Zustand, der unter dem Vorzeichen, der Arbeiterchaft Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung zu verschaffen, diesen in Wirklichkeit ausschließt.

Die günstige Position, die dieser Zustand dem Unternehmer bietet, steigert denn auch die Annahme und die Ansprüche des Scharfmacheriums mit jedem Tage. Ihr Sprachrohr, die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, erschöpft sich neuerdings in heftigen und gehässigen Angriffen gegen dieselben Gewerkschaften, mit denen das Unternehmen in den Arbeitsgemeinschaften verbündet ist. Der Generalstreik selbst und die Frage der Bezahlung der Streiktage boten der Arbeitgeberzeitung Gelegenheit, den in den Arbeitsgemeinschaften liegenden Gewerkschaften die Rechnung des Unternehmertums zu präsentieren. Nach einer heftigen Verurteilung des „Generalstreiks“ — unter Berufung auf Scheidemann — schreibt das Blatt:

Soll aber jedem wirtschaftlichen Fortschritt, den wir mühselig erringen, das Damoklesschwert eines der Arbeiterträge und die Arbeitsfreudigkeit vernichtenden Generalstreiks schweben? Zu den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Grundsätzen der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört die Beurteilung des politischen Streiks. Die Unternehmer haben sich ohne Besinnen und Rücksicht auf den politisch neutralen Boden der Zentralarbeitsgemeinschaft gestellt, sie müssen aber erwarten, daß auch die Arbeitnehmerseite das Interesse der produktiven Arbeit, die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in den Vordergrund stellt und gegen diejenigen ankämpft, die sorglos den Wiederaufbau zu stören suchen.

Das heißt also, daß auch über den Generalstreik nur in der Zentralarbeitsgemeinschaft paritätisch entschieden werden kann. Ist eine solche Forderung auch eine grenzenlose Annäherung, so ist sie doch die logische Weiterentwicklung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft und damit ein Reichen dafür, wozu die Arbeiterklasse mit den „logischen Weiterentwicklungen“, wie die oberen Gewerkschaftsinstanzen sie zu pflegen belieben, gerät.

Schippel, der gegen solche Ansprüche der Scharfmacher gar nichts einzuwenden hat, befürchtet denn auch von solchen Erscheinungen eine neue Krise der Arbeitsgemeinschaften, die nach ihm den Ausdruck der „Selbstschneidungspolitik des Kapitals“ und die Verförderer der „Revolution in den Säptern und Ueberlieferungen unserer Großindustrie“ darstellt. Noch mehr aber findet er diese seltsame Revolution bedroht durch die „anzurechnungsfähige Formelbelesenheit“ der „Aruchselsten alten Massenformthododie“. Auf diese Art wird der Teil der Arbeiterklasse, der klar bis auf den Grund der Zusammenhänge blickt und sein Recht zu erkämpfen denkt, beschimpft von einem Manne, der jederzeit bereit ist, das Recht der Arbeiter für einen Scheinertag an die Feinde der Arbeiterklasse und des Sozialismus preiszugeben.

Wir haben in einem anderen Artikel an Auslassungen der maßgebenden „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ nachgewiesen, daß dieselben Kreise, die sich so gern „auf dem politisch-neutralen Boden der Zentralarbeitsgemeinschaft“ stellen, ihre politische Interessenvertretung bei den Parteien der kappistischen Hochverräter suchen. Ein Bündnis mit ihnen bedeutet eine Stärkung ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses, dessen letztes Ziel die Vernichtung aller Kräfte und Einrichtungen ist, die der Ausbeutung und der Unterdrückung der Arbeiter entgegenwirken und die Befreiung der Arbeiterklasse durch den Sozialismus erstreben.

Die Arbeiterschaft muß dem Ausbeutertum bei den Wahlen die erforderliche Abfuhr erteilen. Und mit ihm all den anderen, die mit diesen Klassenfeinden des Proletariats um die Haut der Arbeiter wärken. Sie muß Sorge tragen, daß auch den kappistischen Kuliseneinflüssen der Arbeitsgemeinschaften ein Ende gemacht wird durch die Wahl von unabhängigen Sozialdemokraten, den Vorkämpfern der revolutionären sozialistischen Arbeiterschaft, von Männern und Frauen, die, ohne vom geraden Wege abzuweichen, den Massenkampf des Proletariats mit klarer Waffe führen bis zum Ziel, der Eroberung der politischen Macht.

Reaktionäre Reserven?

Zur Durchführung der Pläne zwecks Auslieferung der zuzulassenden Truppenverbände der Reichswehr ist beim Landwirtschaftsministerium eine landwirtschaftliche Vermittlungsstelle errichtet worden, die mit Unterstützung des Stützpunkts-Präsidenten Konstantin Schwanke, der bestimmte Pläne für die Anstellung der Mannschaften vorgelegt hat, ihre Tätigkeit bereits aufgenommen hat.

Die fraglichen Truppenverbände sollen aufgeteilt und Arbeitsbataillone vereinigt werden, die dem Landwirtschaftsministerium als Arbeitgeber unterstehen. Es ist angeordnet worden, daß den Truppenverbänden alle Wirtschaftsgüter an Wagen, Ferkel usw. befreit werden, damit sie sofort mit den landwirtschaftlichen Floorkulturen und Ceditländern beginnen können. Somit bleiben die Truppenverbände also geschlossen beisammen und werden nur aus militärischen Formationen in Arbeitsformationen umgewandelt. Worin denn die Auflösung bestehen sollen, ist nicht recht ersichtlich. Obwohl sie nach einer weiteren Bestimmung bis Ende Mai die Waffenablieferung durchzuführen müssen — nebenbei bemerkt: ein äußerlich weit hinausgehender Termin — bleiben sie doch als geschlossene Formationen bestehen und es ist einigermaßen naiv zu glauben, daß mit der Waffenablieferung allein der militärische Geist, der bisher gerade in diesen Verbänden mit besonderer Liebe gepflegt worden ist, gebannt werden kann. Es bleibt die Gefahr bestehen, daß sie gerade in den agrarischen Bezirken, in die sie als landwirtschaftliche Arbeitsbataillone verlegt werden, eine jederzeit verfügbare Reserve der militärisch-nationalistischen Reaktion bleiben. Die weitere Zukunft dieser Verbände wird also immer noch mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen.

Das Kommunalisierungs-Gesetz.

Dem Reichsrat ist jetzt, wie die „B. V. N.“ erfahren, der Entwurf des Gesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben zugegangen.

Nach § 1 des Entwurfes sollen die Gemeinden ermächtigt werden, aus Gründen des öffentlichen Wohls privatwirtschaftliche gewerbemäßige Unternehmungen, die vorwiegend Zwecken des Gemeinwohlbezweckes dienen, mit Zustimmung der Reichsregierung gegen angemessene Entschädigung aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft zu überführen (Kommunalisierung). Vor ihrer Entscheidung hat die Reichsregierung den Reichswirtschaftsrat oder einen von ihm bestellten Ausschuss zu hören. Bei einer Reihe von Unternehmungen bedarf es aber nicht dieser Zustimmung der Reichsregierung. Es sind dies nach § 2 folgende Unternehmungen: 1. Öffentliche Personenerkennung (mit Ausnahme des Kraftwagen- und Flugzeugs) Versorgung des Gemeinbezweckes mit Leitungswasser und Gas, Versorgungswesen, Erdgaswesen, Abfuhr, Abwasser und Bewerterung der gemeinsamen Abfallstoffe, öffentliche, gewerbemäßig betriebene Theater, Lichtspiel- und Schauspielungsunternehmungen oder Art, öffentliche Badeanstalten.

Von der Ermächtigung im Sinne obiger Bestimmungen dürfen die Gemeinden aber nur Gebrauch machen, wenn die Überführung in die Gemeinwirtschaft wirtschaftliche oder soziale Vorteile für die Angehörigen der Gemeinde voraussichtlich zur Folge haben wird. Die Unternehmungen können nach § 4 in das Eigentum der Gemeinde überführt oder aber zu Zwangsverbänden zusammengeschlossen werden. Es kann zum Zweck des ausschließlichen Betriebes eines Wirtschaftszweiges durch die Gemeinde die Errichtung und Fortführung von gleichartigen privatwirtschaftlichen Unternehmungen untersagt werden.

Die Bestimmungen des Gesetzes sollen auch für Vereinigungen von Gemeinden und für Kommunalverbände angewandt werden können. Sie sollen sich zur Ausübung der Befugnisse die entsprechenden Organisations- und Verwaltungsmaßnahmen treffen, und es kann auch der Zusammenschluß auf Antrag eines oder mehrerer Beteiligten, die mindestens zwei Drittel der Gesamtbevölkerung sämtlicher Beteiligten umfassen, von der Landesregierungsbehörde angeordnet werden (§ 5).

Die Entschädigungsfrage wird in den §§ 8 bis 13 geregelt. Prinzipiell soll nur gegen Entschädigung kommunalisiert werden. Nicht vorgesehen ist eine Entschädigung dann, wenn Unternehmungen zu Zwangsverbänden zusammengeschlossen und Vorschriften für ihren Betrieb erlassen werden, weil hier ein direkter Schaden des Unternehmers kaum vorhanden sein wird. Ferner ist eine Entschädigungspflicht dann ausgeschlossen, wenn die Gemeinde nach bestehendem Rechte bereits zur Unternehmung des Betriebs befugt war. Für die Höhe der Entschädigung sollen vertragliche Bestimmungen, die etwa zwischen der Gemeinde und dem Unternehmer bereits bestehen, maßgebend bleiben. Von Interessenten geäußerten darüber hinausgehenden Wünschen konnte nach der Begründung nicht entsprochen werden. Im übrigen sind nach Art. 103 der Verfassung bei Enteignungen „angemessene Entschädigungen“ zu leisten; eine andere Formulierung hat sich bei der Verfassungsdiskussion der Unternehmungen nicht finden lassen. Es wird Sache der Praxis sein, hier feste Richtlinien zu schaffen. Wegen der Forderung der Entschädigung steht den Beteiligten der ordentliche Rechtsweg offen, in dem alle endgültig die Höhe der Entschädigung festgesetzt wird. Die §§ 14 bis 23 repeats das Verfahren.

Soweit sich nach diesen Angaben ein Urteil bilden läßt, ist das Gesetz völlig unzulänglich. Es bleibt weit zurück hinter den Forderungen der alten Sozialisierungs-Kommission, die vor allen Dingen das Prinzip aufstellte, daß die Gemeinden in der Kommunalisierung völlig autonom sind und daß das Reich gegen Kommunalisierungsforderungen nur Einspruch erheben darf, wenn die geplante Kommunalisierung im Einzelfalle gegen wichtige gemeinwirtschaftliche Interessen verstößt. Nach dem neuen Gesetz aber wird die Bewegungsfreiheit der Gemeinden beschränkt, indem sie verpflichtet werden sollen, den Nachweis für die Zweckmäßigkeit der Kommunalisierung zu erbringen, um die Zustimmung des Reiches dafür zu erlangen.

Es zeigt sich an diesem Gesetzentwurf wieder, daß eine wirkliche Kommunalisierung oder Sozialisierung unter der kapitalistischen Regierung unmöglich ist. Sie wird erst dann durchführbar sein, wenn das Proletariat die Macht erobert hat.

Winnigs Erbe.

Die unter der Obhut Winnigs in Oppreuchen organisierte Reaktion setzt den Bemühungen des Königsberger Polizeipräsidenten, der mit der Reorganisation der oppreuchischen Sicherheitswehr betraut ist, starken Widerstand entgegen. In Gumbinnen erklärten noch einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ die Beamten im Offiziersrang mit 5 Ausnahmen, daß sie zwar treu zur Regierung und Verfassung stünden, aber nicht bereit seien, unter dem Polizeipräsidenten Läßberg Dienst zu tun. Der Regierungskommissar hat diese Offiziere daraufhin ihres Dienstes entlassen.

Winnigs Erbschaft ist in der Tat eine schwere Last.

Sabotage der Agrarier.

Aus schrankenloser Profitgier und um die reaktionären politischen Ziele: Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und Wiederaufrichtung der Monarchie, zu erreichen, vernachlässigen die Agrarier planmäßig den Anbau des Acker. Während die städtische Bevölkerung hungert und dem Elend verfallen, lassen sie selber brach liegen lassen Felder, die erfrischen und verderben. Bei Roggedeburg haust ein solcher Mann. Der Graf Rudolf von Wismar leben bewirtschaftet das Rittergut Grylben I mit 10000 Morgen Acker. Nach Verlassen von Hochsteinen fehlen dem Herrn die nötigen Kenntnisse, die er als ehemaliger Offizier durch einen schnellen Tod erlitt. Er zahlt überdies schlechte Löhne und leidet dann natürlich an Lebensmittelmangel. Ueber seine Wirtschaft mögen folgende Angaben dienen:

Im Wirtschaftsjahre 1918-19 sind erfröhen und dann verkauft: 20 Wägen Karotten, 50 Wägen Rattisfeln und zehn Wägen Kohl. Vom Herbst 1918 bis August 1919 hat der Graf 50 Morgen Land brach liegen lassen. Im Wirtschaftsjahre 1919-20 sind erfröhen 60 Morgen Rottgrün und Karotten, 60 Wägen Kohl haben keine Ernte geerntet, weil er erst zu Johanni gepflanzt worden ist. Auf 20 Morgen liegt heute noch der Ruckerrückensamen im Acker, weil der Sommer nicht trocken abgefahren wurde. Im Frühjahr 1919 schickte der Graf den Dampfzug zur Beendigung der Arbeit weg, um Löhne zu sparen. Dann kam Regenzeit, die Bestellung wurde bis zum Mai hinausgeschoben, der Hafer gab infolgedessen nur halbe Ernte. 2-4 1919 lagen etwa 200 Morgen Moor (Erläutender Grund) brach, die für gut zu Vieh eignen würden. Eine Ackerbaranlage von zwölf Morgen ließ er aus Unkenntnis zugrunde gehen. Dafür verhielt er sich ansonsten sehr unvorsichtig und unvorsichtig. Er

hält sich auch eine Zugspferdepaar, während es für Vieh an Futter fehlt.

Auf eine Beschwerde beim Landrat kam die charakteristische Antwort, daß keine gesetzliche Handhabe zum Einschreiten gegeben sei. Als Gegenstück folgendes: Ein dort bestehendes Magarett wurde aufgelöst, weil die Verbundenen hauptsächlich mit Quarz und Magermilch abgepflegt wurden und den Hunger nicht mehr ertragen wollten. Unsere glorreiche Regierung und das Parlament haben keine Möglichkeit geschaffen, solchen Schädlingen das Handwerk zu legen.

Ruhe im Vogtland.

Das Wehrkreis-Kommando 4 teilt mit: Die im Auftrage der sächsischen Regierung durchgeführten militärischen Maßnahmen in Sächsischen Vogtland sind im wesentlichen beendet. Die sächsische Regierung hat den über die Kreishauptmannschaft Weidau unter der Amtshauptmannschaft Glauchau verhängten Ausnahmezustand wieder aufgehoben. Der größte Teil der Truppen ist inzwischen abbeordert. Plauen, Glauchau und Frankenberg bleiben bis auf weiteres mit stärkeren Truppen-Abteilungen besetzt. Diese Abteilungen sind befähigt, jederzeit Streifen in das umliegende Gebiet zu unternehmen, um etwaigen neuen Versuchen verbrecherischer Elemente, die Ruhe und Sicherheit zu stören, sofort mit Nachdruck entgegenzutreten zu können.

Es ist nicht ersichtlich, warum nach der völligen Beruhigung im vogtländischen Gebiet einzelne Städte noch mit starken Truppenabteilungen besetzt werden. Daß die Anwesenheit der Truppen nicht gerade die Ruhe verleiht, sondern sehr oft zu neuen Meutereien Anlaß gibt, ist eine alte Erfahrung.

Die Bewegung der Baubeamten.

Streik in München — Wahrscheinlichkeit des Streiks in Berlin.

Der Allgemeine Verband der Baubeamten hatte dem Reichsverband der Bauleitungen ein Ultimatum gestellt, das am Mittwochabend abfiel. Der Reichsverband hat erklärt, daß er keine Stellungnahme zu den Forderungen der Baubeamten in einer Sitzung mit dem Reichsarbeitsminister, die am Freitag stattfinden sollte, bekannt geben werde.

Während der Deutsche Baubeamtenverein sich von vornherein bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen am Freitag teilzunehmen, hatte der Allgemeine Verband der Deutschen Baubeamten zu gestern vormittag eine Versammlung seiner Mitglieder einberufen, um über die Frage des Streiks zu beschließen. Die Versammlung, die im Reichstheater stattfand, war außerordentlich zahlreich besucht. Wenn es Marz wies als Referent darauf hin, daß die Berliner Baubeamten länger als seit Jahresfrist auf die Regelung der Bezüge warte, die nicht im Einklang ständen mit den jetzigen Kosten der Lebenshaltung. Dem Deutschen Baubeamtenverein warf er vor, daß er mit dem Unternehmertum unter einer Decke habe. Er wandte sich klar gegen die Verschleppungstaktik der Bauleitungen und teilt mit, daß bei der Abstimmung in Reichs-Berlin 10173 Stimmen für den Streik abgegeben worden seien. Der Vorstand des Verbandes habe aber trotzdem beschlossen, von der Ausgabe der sofortigen Streikparole abzusehen und die Verhandlungen im Ministerium abzuwarten. Die große Stimmenzahl für den Streik beweise aber, daß unbedingt mit der Geschlossenheit der Berliner Baubeamtenverein und mit der Erklärung des Streiks zu rechnen sei, wenn das Angebot der Bauleitungen ungenügend sein sollte. In diesem Zweck wird der Allgemeine Verband zu Sonnabend nachmittag eine neue Versammlung nach dem Reichstheater einberufen.

Der Streik der Münchener Bankangestellten.

Der in München bereits ausgebrochene Streik der Bankangestellten dauert fort. In einer gestrigen Versammlung der Streikenden wurde ausdrücklich erklärt, daß der Streik keineswegs politischen Hintergrund habe und mit politischen Streikmängeln nicht das geringste zu tun habe. Der Münchener Gewerkschaftsverein hat den Streikenden die volle Sympathie der Gewerkschaften ausgesprochen und ihnen die Weiterführung der organisierten Arbeiterschaft angefragt.

Ausperrung von Werftarbeitern.

Hamburg, 12. Mai.

Die Werft von Blohm und Voß hat infolge Streiks der technischen und kaufmännischen Angestellten usw. den Betrieb geschlossen und die Entlassung sämtlicher Arbeiter ausgesprochen. Nach Wiedereröffnung des Betriebes sollen sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden.

Die Taktik, die Betriebe zu schließen, wenn nicht alle Angestellten und Arbeiter nach ihrer Pfeife tanzen, haben die Werkskapitalisten bereits bei der Einführung der Akkordarbeit probiert. Sie scheinen daran Gefallen gefunden zu haben. So bedauerlich es ist, daß Opfer dieser Art sollen müssen, so kann es für die Entwicklung der Arbeiterbewegung doch keinesfalls zum Schaden sein, wenn das Kapital auf solche Art die Notwendigkeit der Solidarität der Arbeiter und Angestellten demonstriert.

Weitere Kaputtgänge erleben. Der Untersuchungsausschuss für Kommern beantragt wegen der Vorgänge während des Kapp-Zuges die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Polizeidirektor Heydemann von Stralsund, den Bürgermeister Strauß von Garz und den Bürgermeier Friedrichmann, sowie drei Polizeibeamte von Belgard.

Deutsche Kinder in Schweden. Am Sonnabend traf in Stockholm der erste Transport deutscher Kinder ein, die den Sommer in Schweden verbringen sollen.

Die schwedische Kammer gegen die Republik. Im schwedischen Reichstag hatten die linkssozialistischen den Antrag gestellt, das schwedische Volk durch Referendum über die Einführung der Republik entscheiden zu lassen. Der Antrag wurde in der zweiten Kammer mit 118 gegen 47 Stimmen als nicht geltingig abgelehnt.

Tagung der internationalen Rechtsvereiner in London. Ende dieses Monats findet in London eine Tagung der internationalen Rechtsvereiner statt. Sie ist in erster Linie mit den neuangeworbenen Problemen des Völkerrechts, insbesondere mit dem Völkervertrag, beschäftigt. Von namhaften deutschen Juristen werden Prof. Dr. Oubersch, Berlin und Geheimrat Prof. Dr. Riemeyer, Kiel zur Teilnahme an der Tagung nach England reisen.

Kulturpolitische Reaktion.

Der demokratische Reichsminister des Innern, Herr Koch, zeigt wieder einmal, daß er ein Reaktionär ist, wie er im Buche steht, und wenn die Demokratische Partei noch Wert auf demokratisches Ansehen legt, so sollte sie diesem Minister, einem der ersten Vertrauensmänner der Partei, zu verstehen geben, daß es für ihn zweckmäßig wäre, sich denen anzuschließen, die den Weg zu Stresemann bereits zurückgefunden haben. Jetzt hat es diesem Reaktionär die in Sachsen bevorstehende Abschaffung des Religionsunterrichts angetan. Nach vorliegenden Meldungen hat er ein Schreiben an die sächsische Regierung gerichtet, worin er betont, daß die Abschaffung des Religionsunterrichts in Sachsen gegen die Reichsverfassung verstoße. Er habe das Reichsgericht mit der Entscheidung darüber beauftragt, ob für Sachsen in der Frage des Religionsunterrichts das sächsische Uebergangsgesetz oder die Reichsverfassung gelte.

So liegt die Frage, ob den Schülern in Sachsen in Zukunft noch mit Gewalt Gebete und Bibelsprüche eingeprägt werden sollen, wohlbeorgen in den Händen kopfloser Juristen. Es genügt von außerordentlich geringem Einfluß, wenn nicht von zu wenig autem Willen des kulturpolitischen Senats des Herrn Koch, Heinrich Schulz mit Namen, daß so etwas überhaupt möglich ist. Und wenn das Reichsgericht nicht ausgenutzt der radikalen kulturpolitischen Reaktion entgegensteht, wird der Herr Minister dann eine bewaffnete Reichsexekution nach Vorbildem Muster neuen Sachsen mobil machen, um im neuen demokratischen Deutschland das Wort des alten Krisis wahr zu machen, daß der preussische Unteroffizier der beste Erzieher des Volkes ist?

In welche Gesellschaft Herr Koch mit solchen Maßnahmen gerät, erlaßt sich daraus, daß die „Deutsche Tageszeitung“ kein Vorgehen selbstverständlich sehr anerkennenswert findet und mit dem dazugehörigen kleinen Finger sofort die ganze Hand nimmt. Das Blatt drückt im Anschluß an seinen Bericht über die Aktion des Herrn Koch folgende Anfrage einiger deutsch-nationaler Abgeordneten ab:

„Nach Zeitungsberichten hat die Gemeinde Adickhof bei Berlin beschloffen, eine weltliche religionslose Schule zu errichten, wozu der Minister bereits seine Einwilligung gegeben hat, obwohl die Regierung in Potsdam bisher die Genehmigung abgelehnt hatte. Die Reichsverfassung macht im Artikel 146 Abs. 2 eine beratliche Einrichtung von den Bestimmungen der Landesgesetzgebung nach den Grundgesetzen eines Landes abhängig. Woher ist darüber weder ein Reichsgesetz noch ein Landesgesetz erlassen worden. Wie soll die Staatsregierung die der erforderlichen Gesetzgebung vorzulegende Einwilligung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zur Errichtung einer weltlichen religionslosen Schule in Adickhof bei Berlin als verfassungsgemäß rechtfertigen?“

Daran knüpft die „Deutsche Tageszeitung“ die Aufforderung, Herr Koch möchte gerathlich einmal Herrn Daenisch auf den Kopf stoßen. Es sei gefährlich, wenn sich „keine, namentlich Thüringer Duroder, Volks-Regierungen“ (Duroder-Würstlerkammer hat es natürlich nicht gegeben) bei ihrer Kulturpolitik auf „das schlechte Beispiel des großen deutschen Bruders berufen können“.

Danach kann es, da Herr Koch dieser Aufforderung der „Deutsche Tageszeitung“ zur Konsequenz kaum wird widerstehen können, ein niedliches Duell der Herren Koch und Heinrich Schulz contra Daenisch geben. Ob Konrad Daenisch zugelassen sein wird?

Kongress des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten.

Würzburg, 11. Mai.

Der Bundestag des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten, Kriegsinvaliden und Kriegswitwen, der von über 500 Delegierten besucht war, wurde heute in Würzburg durch den Geschäftsführer des Bundes, Hermann Schmitt, eröffnet, der unter lebhaftem Beifall hervorhob, daß die Einigkeit des Reichsbundes durch separatistische Bestrebungen nicht gelähmt werden möge. Ministerialrat Dr. Kerschka-Keller legte als Vertreter des Reichsministeriums dar, daß es keine Kriegsgeschädigtenfürsorge gäbe ohne den wirtschaftlichen Wiederaufbau und diesen nicht ohne die Durchführung der Kriegsgeschädigtenfürsorge. Regierungsrat Zeiger-Würzburg begrüßte die Erschienenen im Namen der bayrischen Regierung. Zahlreiche Verbände, auch aus dem Auslande, ließen durch ihre Vertreter der Versammlung den besten Erfolg wünschen. Licht-Berlin von Internationalen Bund, Leungoff-Berlin für den Friedensbund der Kriegsteilnehmer, Abgeordneter Brandenburg, R. v. L. für die sozialdemokratische Partei, Dr. Wenzel für die Deutschnationalen, Abgeordneter Weiß-Kärnten für die Demokraten, traten in ihren Ansprüchen lebhaft für die Kriegsgeschädigten ein.

Bei der Wahl des Bureau wurden Schmitt, Stuttgart als 1. Vorsitzender gewählt. Desprez ergriff dann auch den Tätigkeitsbericht. Er teilte mit, daß der Reichsbund bei seiner ersten Reichstagung in Weimar, Okt. 1918, rund 800 Ortsgruppen mit 10000 Mitgliedern gehabt habe. Gegenwärtig zählt der Bund über 700 000 Mitglieder. Die Organisationsarbeit gestaltet sich schwierig wegen der unzulänglichen Hilfsbereitschaft der Bundesmitglieder. Die Tätigkeit des internationalen Bundes, bei dessen Gründung der Bund 120 000 Mitglieder umfaßte, hat das vorige November nicht gekostet. Der Reichsbund trägt das Welterbe des Krieges, das als revolutionärer Faktor von weltgeschichtlicher Bedeutung gewirkt hat; er ist also kein Kriegerverein. Man möge sich aber auch nicht zum Stummhuhn im parteipolitischen Kampfe machen lassen (stürmischer Beifall). Gemeinsam ist den Kriegsgeschädigten der Wunsch vor freierigen Auseinandersetzungen jeder Art, auch unter den eigenen Volksgenossen. Der Weg zur internationalen Verständigung der Kriegsoption wird und muß gefunden werden, ohne Schädigung der eigenen Interessen. (Lebhafter Beifall.) Mögen die ausländischen Kriegsteilnehmer vor allem dahin wirken, daß die Völkerverträge des Weltkrieges gesondert werden, damit wir besser für unsere Kriegsgeschädigten sorgen können. (Stimm. langandauernder Beifall.) — Der allgemeine Bericht der Kampfergebnisse und der redaktionelle Bericht, letzterer erstattet durch Pfänder. Der 1. liehen erkennen, daß die Organisation mit der künftigen Entwicklung des Bundes nicht immer Schritt zu halten vermochte.

Die Aussprache über den Wahlrecht, die den zweiten Verhandlungspunkt ausfüllte, gestaltete sich sehr lebhaft. Klein-Berlin trat mit Nachdruck den Wahlrechtsbestrebungen entgegen. Ludwig-Berlin setzte sich dahin zusammen: Krieg der Kriege, aber auch Krieg den Regierungen, die den Kriegsgeschädigten ihr gutes Recht verweigern. — Später, Stuttgart erklärte den Kampf gegen den Krieg und für ethische Ziele als wichtig.

ger, wie die Herausholung von ein „poor Unterhosen“, und lehnt die Rentenverfugung. Die Kriegsgeschädigten mühen den Weg frei machen für die internationale Bekämpfung des Militarismus, sonst gebe es eine neue Katastrophe. — Schwarzenberg-Würzburg führte Bedenken darüber, daß die Weltliche in Bayern den Reichsbund beschmisse. (Stimm. Pfänder.) Die Bayern hätten sich zur Kritik verpflichtet, wollten aber die Einheit des Bundes ungehindert erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Die nachfolgenden Redner, Rüdiger-Frankfurt a. M., Born-Darmstadt, Wurmlich-Leipzig, Richter-Dresden, forderten unter lebhaftem Beifall der Anwesenden sowohl nationale wie internationale Einigung der Organisationen der Kriegsoption. — Der Vertreter für Pommern, Lehmann, schloß die ungeliebten Schwierigkeiten in der Arbeit des Bundes in Pommern. Die Beiträge in den Fürsorgestellen würden dort ausschließlich mit Kriegsoptionen besetzt, die größte Organisation der Kriegsgeschädigten, der Reichsbund, bleibe unbesetzt. Landrat Storch in Wermünde habe sogar erklärt, daß die Kriegsgeschädigten keine Renten-erhöhung brauchten. (Stimm. Enttäuschung.) Die nächsten Redner führten Beschränkungen über organisatorische Einzelheiten. Der angeführte gewisse Sprungversuch des Kongresses blieb jedoch aus. Alle Redner betonen die Einigkeit ihrer Unterverbände, dem Reichsbund treu zu bleiben und an seinem betrieblichen Aufbau mit allen Kräften mitzuwirken.

Rohmann-Stuttgart konnte in seinem Schlusswort unter lebhaftem Beifall feststellen, daß der Bund sich pflichtgemäß gearbeitet habe und daß, wo Unstimmigkeiten vorgekommen seien, sie sich aus dem überaus raschen Wachstum des Bundes erklären, das alle organisatorischen Einrichtungen überflutet habe.

3. Verbandstag des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

4. Tag, Nachmittags.

Odenthal eröffnet die Sitzung. Geyer gibt eine Erklärung ab, daß eine Untozugung vor sich gehen wird und mah. Aus diesem Grunde erklärt sich die Opposition bereit, von Forderungen des Statuts Abstand zu nehmen, glaubt aber, daß durch die bevorstehende Bildung eines Bauarbeiterbundes eine langfristige des gesamten Statuts notwendig ist. Zugleich fordert er die Kollegen der Opposition auf, am Abend an einer Zusammenkunft teilzunehmen. Verschiedene Redner begründen nun ihre jeweiligen Anträge.

Gerde-Berlin führt aus, daß die häufige Statutenänderung sich in immer größerer Entschiedenheit der Mitglieder ausgedrückt habe, so daß der Hauptvorstand eine diskursive Macht habe. Hauptgedanke der Berliner Anträge soll sein, der Organisation eine demokratische Verfassung zu geben, welche dem neuen revolutionären Geist Raum zur Entfaltung gibt. Er weist auf die Notwendigkeit einer Preiskommission hin, hat sich aber auf dem Verbandstag davon überzeugen müssen, daß dieselbe in der heutigen Organisationsentwicklung zur Gegenüberstellung verurteilt ist. Die Wahl des Verbandsausschusses sei nur eine Erneuerung nach dem Willen des preussischen Verbands. Die Kollegen hätten nicht einmal ein Vorschlagsrecht. Auch der neue Statutenentwurf würde in der vorgeschlagenen Form ein Massenrecht darstellen. Aus diesem Grunde sei die Annahme der Berliner Anträge notwendig.

Jüttmann-Frankfurt a. M. (O.) behauptet die Vorlage zum Bauarbeiterbund, ist damit nicht zufrieden, sondern für eine Einzelorganisation der gesamten Land- und Forstarbeiter des Bauarbeiterbundes. Aus diesem Grunde verwerfe die Opposition den Entwurf des Vorstandes. So heute Verbandstage stellte noch bei der Hälfte der Arbeit 10—12 Stunden arbeiten, müßte dieser Verbandstag entscheiden dagegen Stellung nehmen. Die vorliegenden Anträge werden der Statutenkommission übergeben.

Wolff-Berlin erläutert mit die Ideen zum Bauarbeiterbund. Einige Verbände haben und schon ihre Zustimmung gegeben, endgültiger Zusammenbruch kann nur auf einem allgemeinen Kongress aller Arbeiter und Angehörigen des Bauarbeiterbundes vollzogen werden. Für die Gründung eines Bauarbeiterbundes sprechen nun auch die anwesenden Vertreter folgender Organisationen: Kaufmann, vom Bund technischer und industrieller Angestellten; Vertreter der Maler, Dachdecker, Tischler und Zimmerer. Die im „Grundstein“ zu dieser Frage veröffentlichte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Austritt des Bauarbeiter-Verbandes aus der Arbeitsgemeinschaft.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Karlsruhe, 13. Mai.

Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes hat heute den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Arbeitervereine und Arbeitgeber-Verbände beschlossen.

Organisation der technischen Beamten.

Am 8. d. Mis. haben sich in Halle Verbände der technischen Beamten sämtlicher Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden zu einer Reichsarbeitsgemeinschaft (Rat) zusammengeschlossen. In der Erkenntnis, daß bei dem Wiederaufbau Deutschlands die Technik in erhöhtem Maße mitwirken müsse, hat es sich bei dem Rat auf Aufgabe gestellt, die Bewertung der Technik bei allen Behörden zum Wohle der Allgemeinheit zu heben und deren Einfluß zu stärken, die technischen Beamten aller Kategorien vom ausführenden bis zum leitenden zu gleich gerichteter Arbeit zusammenzufassen und ihre Interessen zu wahren und zu fördern. Ein Zusammengehen mit dem Reichsbund Deutscher Technik ist beabsichtigt. Der Vorsitz wurde dem Bureauleiter des Reichsverkehrsministeriums Weitzel übertragen.

Die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Milne.

Paris, 13. Mai.

Nach DavaBerichten verlautet, daß nach den letzten Vereinbarungen der Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Milne Ende der Woche in Dith, einem kleinen Orte bei Follesne stattfinden wird. Milne wird von Marat begleitet sein. Im Laufe der nächsten Woche werden dann in England Verhandlungen zwischen Lloyd George und dem belgischen Minister des Ackerbau, sowie dem belgischen Wirtschaftsminister stattfinden. Nach der Konferenz von Follesne dürfte dann mit Sicherheit zu erfahren sein, ob die Konferenz von Spa verschoben wird oder nicht. Das erste wird in naheliegenderen Fällen für das Wahrscheinlichere gehalten, da die Alliierten Zeit zu haben wünschen, um die Wiedergutmachungsfrage in allen Einzelheiten zu prüfen.

Die Krise im englischen Liberalismus.

Amsterdam, 12. Mai.

Die „Allgemeine Handelsblatt“ aus London meldet, hätten die koalitionsliberalen Minister, die bei der Zusammenkunft in Arcington unter Protest den Coe verlassen,

gestern in London Neben. Ein Schreiben Lloyd Georges wurde verlesen, in dem er erklärte, er habe mehr als irgend ein anderer erklärt, er habe mehr als irgend ein anderer getan, um den gegenwärtigen Zwist zwischen den Liberalen zu beenden.

Asquith hielt gestern Abend in Scarborough eine Rede, in der er die Koalition mit dem Tories einen politischen Selbstmord für den Liberalismus nannte. Über die internationale Politik sagte Asquith, im Interesse der Zukunft der Welt müsse der Oberste Rat so schnell wie möglich beschwinden und seine Arbeiten dem Völkerverbande übertragen.

Aus der Parteipresse.

Heft 12 des „Sozialistischen Erzieher“ ist erschienen.

Inhalt: Einein in den Wahlkampf — Lieb Vaterland, magst ruhig sein! — Schutz des Empörens! — Aus der Praxis des neuen Anfangsunterrichts. — Das Vorkindrecht der Elternbeiträge. — Aus der Arbeit der Elternbeiträge. — Aus unserer Bewegung. — Verhandlungsnachrichten.

Der „Sozialistische Erzieher“ ist die Wochenschrift des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen, der sozialistisch-pädagogischen Internationale und der sozialistischen Elternbeiträge. Er kämpft für die Forderungen des Proletariats auf dem Gebiete der Erziehung und Bildung.

Die „Sozialistische Gemeinde“.

Von der kommunistischen Zeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie, der „Sozialistische Gemeinde“, ist neben die Nummer 9 erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Reformbedürftige Gesetzesbestimmungen, zur Schulpolitik in den Gemeinden, Wohnungsnot und Volkskinderpartei, Siedlungsverband, Substanzbesitz, Kommunales oder private Gewerke, Feuer-Gebühren für Kerkel, aus den Gemeinden, Personalien, aus den Parlamenten, Ausbildung von Kommunalräten. — Die „Sozialistische Gemeinde“ erscheint monatlich zweimal und kostet im Vierteljahrsabonnem. 3 M., die Einzelnummer 50 Pf.

Gewerkschaftliches.

Streit der Friseurgehilfen.

Am Mittwoch Abend haben die Friseurgehilfen mit großer Majorität den Streit beschlossen. Sie sind gestern Morgen in den Streit getreten. Die Gehilfen hatten vom Entschlußspruch 145 und 155 Part noch 5 Part abgesehen; auch dieses haben die Arbeitgeber abgelehnt. Sie wollten 135 und 145 Part zahlen; außerdem waren bei den letzten Verhandlungen alle anderen Positionen in Frage gestellt. Die Arbeitgeber haben also den Streit herausbeschrieben.

Kollegen und Kolleginnen! Kommt aus den Reihen, soweit Ihr noch nicht draußen seid!

Bureau der Zentralstreikleitung, Eilschiffstraße 30 (Alexandervorplatz), Königsplatz 1976. Die Arbeitgeber haben Gelegenheit, am Freitag mit der Zentralstreikleitung zu verhandeln. Wenn das versäumt wird, setzen am Sonntag die Arbeiter ein.

mit, wenn Ihr in Euren Betrieben Arbeiter einrichten wollt.

Betriebsräte und -Auslöser! Treibt die Zentralstreikleitung!

Schiedspruch für die Friedhofarbeiter und Angestellten der Stadtsunde. Am Mittwoch wurde für die Friedhofarbeiter und Angestellten der Stadtsunde ein Schiedspruch gefällt. Der Stundenlohn für Arbeiter schwankt einsecht der Höhe für weibliche und jugendlicher Arbeiter zwischen 1,70—4,00 M., der Monatsgehalt für Angestellte zwischen 420—975 M. Die Angestellten, die im Streit standen, dürfen nicht vernachlässigt werden. Die Lohn- und Gehaltsliste gelten ab 1. 4. bis 30. 6., während der Monatsfrist bis 31. 12. 20 Gültigkeit haben soll. Die Arbeiter nehmen zu dem Spruch noch keine Stellung genommen.

Groß-Berlin.

Wahlarbeit.

Die nächsten Wochen haben im Zeichen der Wahlen. Alle Parteien sind drauf und dran, die Wähler und Wählerinnen für sich zu interessieren, ihnen klarzumachen, daß nur sie allein das Beste wollen. Es ist die Zeit der Versprechungen und der Herunterhebung anderer Parteien. Die Wähler sollen mit den nationalen Vorposten benebelt werden, um sie zur Stimmabgabe für die bürgerlichen Parteien zu bewegen. Und in welchem Maße wird der Sozialismus dargestellt. Wer die Druckerzeugnisse dieser Parteien liest, muß einen Abscheu vor den Sozialisten bekommen.

Dem muß entgegengehandelt werden. Es muß behütet werden, daß die breiten Massen gegen ihr eigenes Interesse sich nicht hinhängen lassen. Wir müssen demgegenüber das wahre Gesicht der kapitalistischen Parteien aufzeigen, müssen den breiten Massen gerade in der Wahlbewegung mehr denn je klarzumachen versuchen, daß das Masseninteresse der nichtabgehenden Bevölkerung dem der bestehenden Klassen entgegensteht und die Lösung nur im Sozialismus liegt.

Diese Aufgabe erfordert Arbeit, viel Arbeit. Mühselig und schriftlich muß sie erfolgen. Jetzt müssen andere Fragen hinter dieser Aufklärungsarbeit zurücktreten. Jeder Genosse und jede Genossin muß mithelfen, wo nur möglich. Bei jeder Gelegenheit muß unsere Auffassung der bürgerlichen entgegensteht werden.

Die bürgerlichen Parteien arbeiten mit großen Geldmitteln; sie lassen sich die Wahl etwas kosten. Große Unternahmerinnen haben Tausende, Jahntausende gehendet, um das Wohlgeköhnt zu betreiben. Flugblätter kosten heute viel Geld. Aber die anderen fragen nicht nach Geld, ein Wochsieg bringt ihnen alles wieder ein.

Unsere Partei hat solche Geldquellen nicht. Sie muß an die Opferwilligkeit der Parteigenossen appellieren. Das ist nicht leicht in einer Zeit, in der die Genossen Opfer für Unterhaltungsbede bringen müssen. Aber es muß sein. Unsere Propaganda darf nicht deshalb unterbleiben, weil wir nicht genügend Geldmittel haben. Dann würden wir den Gegnern in die Hände arbeiten, sie würden sich vergnügen die Hände reiben, wenn ihre Vergiftungsarbeit ohne Widerstand den von ihnen gewünschten Erfolg hätte.

Wir müssen also materielle Opfer auf uns nehmen. In diesem Zweck hat die Parteileitung in Berlin Wahl-fondslisten ausgegeben. Diese mit namhaften Beiträgen zu zeichnen, muß ein Teil unserer Wahlarbeit sein. Ohne Geld können wir keinen Kampf führen. Geld schadet

